

Nebrauer Anzeiger

Wöchentliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Nebra

Erkheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend mit den illustrierten Wochenbeilagen: „Das Leben im Bild“ und „Das Leben im Wort“
Bezugspreis für einen Monat: Bei der Geschäftsstelle 1.— RM — Durch die Post bezogen 1.10 RM.

Schriftleitung: Wlth. Sauer in Köstebn.
Druck, Verlag und Briefadresse: Sauer'sche Buchdruckerei, Köstebn.
Geschäftsstelle in Nebra: Frau Kaufmann Weis, Markt 24/25.
Fernsprecher: Amt Köstebn Nr. 221. — Postfachkonto: Leipzig Nr. 22832

Anzeigen kosten: die 48 mm breite Millimeterzeile 6 Pf., die 90 mm breite Millimeterzeile im Reklameteil 20 Pf. Anzeigenannahme an Drucktagen bis 12 Uhr mittags.
Bankkonten: Stadtsparkasse Nebra — Bankverein Arttern.

Nr 69

Donnerstag, den 9. Juni 1932.

45. Jahrgang

Brüning verabschiedet sich beim Reichspräsidenten

Berlin, 8. Juni.
Reichspräsident: von Hindenburg empfing am Dienstag den bisherigen Reichkanzler Dr. Brüning zur Verabschiedung. Der Empfang sollte schon früher stattfinden, hatte sich aber durch die Erkrankung Dr. Brüning's bis jetzt verzögert.

Das Kabinett an der Arbeit

Verhandlungen über die Deckung der laufenden Ausgaben.

Berlin, 7. Juni.
Zur Vorbereitung der nächsten Kabinettsitzung begannen im Reichsfinanzministerium Beratungen über die Frage, welche Ausgaben erfüllt werden sollen, um im Interesse der Angahaltung des Staatsapparates die notwendigen Zahlungen für die nächste Zukunft leisten zu können. An den Besprechungen nahmen auch Vertreter des Wirtschafts- und des Arbeitsministeriums teil.

In welcher Weise die nötigen Gelder herbeizuführen werden, ist eine noch offene Frage. Es kann insofern auch noch nicht gesagt werden, ob die von der Regierung Brüning geplante Beschäftigtensteuer oder die Verlängerung der Bürgersteuer kommen werden.

Reichstagswahl am 31. Juli

Als Wahltermin für die Reichstagswahl ist der 31. Juli festgesetzt worden. Der Erlass des Reichspräsidenten über die Festsetzung des Wahltermins wird heute veröffentlicht werden.

Reichsarbeitsministerium befehlt

Der Reichspräsident hat den Präsidenten des Reichsversicherungsamtes Schaeffer zum Reichsarbeitsminister ernannt.

Präsident Schaeffer ist Beamter und bisher politisch nicht hervorgetreten.

Kommt ein Reichskommissar für Preußen?

Es mehren sich die Gerüchte, die von der bevorstehenden Einsetzung eines Reichskommissars in Preußen wissen wollen. In diesem Zusammenhang sind in der Presse bereits die verschiedenartigen Kombinationen aufgetaucht.

In einem Berliner Blatt wird neuerdings behauptet, daß die Reichsregierung die sofortige Einsetzung in Preußen zum Anlaß nehmen werde, einen Reichskommissar zu ernennen. Aus diesem Grunde würde zunächst der Landtag früher als ursprünglich beabsichtigt wieder einberufen werden, um zu verhandeln, einen neuen Ministerpräsidenten zu finden. Da dieses Bestreben schon als aussichtslos betrachtet werden könnte, würde zur Deckung der preussischen Finanzen ein Reichskommissar ernannt werden. Es braucht kaum betont zu werden, daß es sich hier lediglich um Mutmaßungen handelt.

Was die Finanzlage angeht, so liegen die Dinge tatsächlich folgendermaßen: Zwischen dem leinzeitigen Reichsfinanzminister Dietrich und dem preussischen Finanzminister Klepper ist eine Verständigung worden, derzufolge sich das Reich verpflichtet, den Preußen in preussischen Haushalt in Höhe von rund 100 Millionen RM aus Reichsmitteln bzw. im Wege der Siedlung zu beden, wogegen die preussische Regierung auf ihre Anteile an der Siedlungsbank verzichtet. Von zehnjähriger preussischer Seite wird nunmehr erklärt, daß Preußen zwar seine Verpflichtungen hinsichtlich der Siedlungsbank erfüllt habe, daß es aber vom Reich bis auf den heutigen Tag noch keinen Pfennig als Gegenleistung erhalten habe.

Die Regierung Papen antwortet nicht

Berlin, 8. Juni.
Wie an unterirdischer Stelle verlautet, beabsichtigt die Regierung von Papen nicht, die Erklärung der früheren Regierung Brüning zu beantworten. An zuständiger Stelle wird es als ein ungeschicklicher Akt bezeichnet, wenn eine zurückgetretene Regierung insgesamt zu den Vorgängen Stellung nehme.

Die Regierung Papen antwortet nicht

Berlin, 8. Juni.
Wie an unterirdischer Stelle verlautet, beabsichtigt die Regierung von Papen nicht, die Erklärung der früheren Regierung Brüning zu beantworten. An zuständiger Stelle wird es als ein ungeschicklicher Akt bezeichnet, wenn eine zurückgetretene Regierung insgesamt zu den Vorgängen Stellung nehme.

Die Regierung Papen antwortet nicht

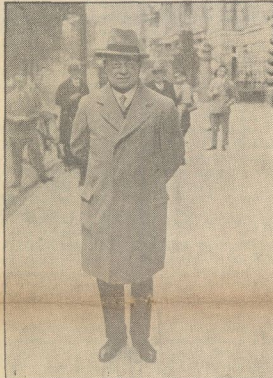
Berlin, 8. Juni.
Wie an unterirdischer Stelle verlautet, beabsichtigt die Regierung von Papen nicht, die Erklärung der früheren Regierung Brüning zu beantworten. An zuständiger Stelle wird es als ein ungeschicklicher Akt bezeichnet, wenn eine zurückgetretene Regierung insgesamt zu den Vorgängen Stellung nehme.

Die Regierung Papen antwortet nicht

Berlin, 8. Juni.
Wie an unterirdischer Stelle verlautet, beabsichtigt die Regierung von Papen nicht, die Erklärung der früheren Regierung Brüning zu beantworten. An zuständiger Stelle wird es als ein ungeschicklicher Akt bezeichnet, wenn eine zurückgetretene Regierung insgesamt zu den Vorgängen Stellung nehme.

daß für die Nationalsozialisten als Kandidat für den Posten des preussischen Ministerpräsidenten nur ein Nationalsozialist in Frage komme. Die Nationalsozialisten lehnen es ab, ihre Stimme für irgendeinen anderen Kandidaten abzugeben, da sie der Auffassung sind, daß der Willensbildung des Volkes Rechnung getragen werden müsse und nur die stärkste Partei, nämlich die NSDAP, den Ministerpräsidenten zu stellen habe.

Diese Erklärung richtet sich offenbar gegen die von verschiedenen Seiten in die Erörterung gebrachte Kandidatur des deutschnationalen Fraktionsvorsitzenden Dr. v. Winterfeldt für den Posten des preussischen Ministerpräsidenten. Ohne zu der Person des Herrn v. Winterfeldts Stellung zu nehmen, erklärt der Vorsitzende der NSDAP, daß die Nationalsozialisten für keinen deutschnationalen Ministerpräsidenten stimmen würden.



Der neue Arbeitsminister.

Der Reichspräsident hat auf Vorschlag des Reichskanzlers den Präsidenten des Reichsversicherungsamtes Hugo Schaeffer zum Arbeitsminister ernannt. Unter Bild zeigt den neuen Arbeitsminister Hugo Schaeffer beim Verlassen des Reichsversicherungsamtes auf dem Wege zum Reichsarbeitsministerium.

Reich und Preußen

Von Papen fordert früheren Zustimmung des Landtags.

Berlin, 8. Juni.
Reichskanzler von Papen hat an den Präsidenten des preussischen Landtags, Kertl, ein Schreiben gerichtet, in dem eine frühere Einberufung des Preussischen Landtages als ursprünglich beabsichtigt, empfohlen wird.

In dem Brief titelt der Kanzler den Präsidenten, sich dafür einzusetzen, daß der Preussische Landtag, der nach den bisherigen Dispositionen erst am 22. Juni wieder zusammentreten sollte, früher einberufen werde. Der Reichskanzler begründet diese Bitte damit, daß zwischen dem Reich und Preußen gegenwärtig verschiedene wichtige Angelegenheiten, vor allem Finanzfragen, zu verhandeln seien, und daß er es für besser halte, wenn diese Verhandlungen auf preussischer Seite nicht von einem geschäftsführenden, sondern von einem nach verfassungsrechtlichen Grundsätzen gebildeten ordentlichen Kabinett geführt werden können.

Präsident Kertl hat unmittelbar nach Empfang des Schreibens sich mit den maßgebenden Vertretern der Fraktionen in Verbindung gesetzt.

Die ursprünglich längere Vertagung des preussischen Landtages war auf Wunsch verschiedener Parteien mit der Begründung erfolgt, daß die Parteien Gelegenheit haben müßten, sich an dem jetzt im Gange befindlichen Wahlkampf in Hessen zu beteiligen. Will Kertl auf den gleichfalls einsetzenden Reichstagswahlkampf nimmt man in preussischen parlamentarischen Kreisen an, daß auch die zweite Junitagung des Preussenparlamentes nur von kurzer Dauer sein wird.

Alleinstenrat des Landtags am Freitag

Präsident Kertl hat den Alleinstenrat des Preussischen Landtags auf Freitag, den 10. Juni, nachmittags 17 Uhr, einberufen. In dieser Sitzung des Alleinstenrats soll die Entscheidung über eine frühere Einberufung des Preussischen Landtages getroffen werden.

Die Finanzbesprechungen

Zwischen dem Reichskanzler und Reichsfinanzminister Graf von Scherwin-Kroftig einerseits und dem preussischen Volksrechtsminister Hirtfelder bzw. dem Finanzminister Klepper auf der anderen Seite fand in der Reichskanzlei eine Besprechung statt, die der Frage des 100-Millionen-Freibetrages im preussischen Haushalt galt.

Das Reich hatte sich feierlich verpflichtet, der preussischen Regierung gegen Abtretung der preussischen Anteile an

der Siedlungsbank die Mittel zur Deckung des Selbstbeitrages zur Verfügung zu stellen.

Von Reichsseite wird zu dieser preussischen Darstellung erklärt: Bei der damaligen Besprechung, bei der das Reich durch den heutigen Reichsfinanzminister Graf von Scherwin-Kroftig vertreten wurde, sind keine verbindlichen Zusicherungen gegeben worden. Es hat sich vielmehr lediglich um eine bedingte Zusage gehandelt, da noch gewisse Bürgerfragen durch Preußen gelöst werden mußten. Die Verhandlungen seien infolgedessen nie endgültig abgeschlossen gewesen.

Die Finanzverhandlungen scheitern

Die Aussprache, die der stellvertretende preussische Ministerpräsident, Volksrechtsminister Dr. Hirtfelder, und Finanzminister Dr. Klepper mit dem Reichskanzler von Papen und dem Reichsfinanzminister über den Ausgleich des preussischen Haushalts hatten, ist wie von preussischer Seite verlautet, insofern gescheitert, als das Reich erklärt habe, im Augenblick nicht instand zu sein, die von dem früheren Reichsfinanzminister Dietrich für die preussischen Siedlungsanteile zugesagten 100 Millionen Reichsmark zu übernehmen.

Das preussische Staatsministerium trat sofort zusammen, um sich mit der existierenden Lage zu befassen. Da die 100 Millionen Reichsmark zum Haushaltsausgleich erforderlich sind, ist infolge des Scheiterns der Verhandlungen mit dem Reich ein Freibetrag in dieser Höhe des preussischen Haushalts vorhanden, der durch weittragende Befehle des Staatsministeriums ausgeglichen werden soll.

Krankheitsurlaub Dr. Brauns

Ministerpräsident Dr. Braun hat in einem an den Staatsminister Dr. Hirtfelder gerichteten Schreiben davon Mitteilung gemacht, daß er aus gesundheitlichen Gründen einen längeren Urlaub antreten müsse. Er hat Staatsminister Dr. Hirtfelder gebeten, die Präsidialgeschäfte des Ministeriums in seiner Vertretung zu führen.

Die Mecklenburger Wahlen

Schwerin, 7. Juni.
Nach dem vorläufigen amtlichen Endergebnis der Landtagswahlen in Mecklenburg-Schwerin ist es den Nationalsozialisten nicht gelungen, die absolute Mehrheit zu erringen. Die genauen Zahlen zeigen folgendes Bild:

Sozialdemokraten	18 Mand. (bisch. 20)
Kommunisten	5 " (" 3)
Nationalsozialisten	30 " (" 2)
Bürgerl. Arbeitsgem. d. Mitte	5 " (" 1)
Deutschnationale	5 " (bisch. Ein-
Einheitsliste nat. Mecklenburger	1 " (bisch. 23)
Sozialistische Arbeiterpartei	0 " (bisch. 0)

Es sind nun praktisch nur vier Parteien in Mecklenburg übriggeblieben: die Nationalsozialisten als weitaus größte, die Sozialdemokraten, die Deutschnationalen als einzige bürgerliche Partei, die auch gegenüber dem händigen Angewandten der Nationalsozialisten ihr Lebensrecht behauptet hat, und schließlich die Kommunisten.

Will man aus diesen Wahlen Rückschlüsse auf das Reich ziehen, so muß man Zentrum und Bayerische Volkspartei in der Berechnung mit aufführen, die ja in Mecklenburg aus konfessionellen Gründen ausgeschlossen sind.

Wie die NSDAP in Mecklenburg mittels, voll die Hoff der Regierungsmitglieder wahrscheinlich von drei auf zwei herabgesetzt werden. Man könnte jetzt schon den neuen Ministerpräsidenten des Freistaates Mecklenburg-Schwerin vorstellen. Es sei dies der Gutschlocher Braunson-Schwerin, der Schwager des Berliner Gauleiters Goebbels. Die erforderliche Umstellung werde jedoch und im Rahmen der Gesehe erfolgen. Um die Minderwirtschaft in den einzelnen Kommunen zu beseitigen und Einkünfte in die Haushaltspläne zu gewinnen, würden an mehreren Stellen Landeskommissare eingesetzt werden.

Gemeinderatswahlen in Schönbed

In der neuen Großgemeinde Schönbed-Bad Salzelmen, die kürzlich aus den drei Gemeinden Schönbed, Bad Salzelmen und Frohde gebildet wurde, fand die Wahl für die Gemeindevertretung statt. Von den 2808 Wahlberechtigten haben sich 777 v. S. an der Wahl beteiligt. Das Ergebnis der Wahl lautet:

Sozialdemokraten	5092 (2 Sitze)
Kommunisten	3054 (6 ")
Deutschnationale Volkspartei	1794 (3 ")
Volksgem. nat. Mitte	780 (1 ")
Nationalsozialisten	6572 (14 ")

Bisher hatte in jeder der drei nun zur Großgemeinde Schönbed-Bad Salzelmen zusammengefallenen Gemeinden die SPD die absolute Mehrheit.

Keine Einigung in Genf

Abschluß der Arbeiten des Landauschusses.
Genf, 7. Juni.
Der Landauschuss der Abrüstungskonferenz hat nach fünfständigen Beratungen seine Arbeiten abgeschlossen. Dem Ausschuss war vom Hauptauschuss die Aufgabe gestellt worden, den Angriffscharakter der Geschütze, Panzerwagen, Tanks und Befestigungen in der Nähe der Grenze zu bestimmen.

A 1 UNIVERSITÄTS- UND LANDESBIBLIOTHEK

Auf seinem dieser Gebiete ist eine Einigung darüber möglich gewesen, welche Waffenarten als ausserproben Angriffswaffen und Bedrohung der Zivilbevölkerung sowie der nationalen Verteidigung anzusehen sind.

Es ist nicht einmal gelungen, auch nur annähernd die Trennungslinien zwischen den reinen Angriffswaffen und den reinen Verteidigungswaffen anzugeben. Der deutsche Vertreter im Landesausschuss, General von Weizsäcker, hat in den Verhandlungen immer wieder den deutschen Standpunkt in strenger Anpassung an die Entmündigungsbestimmungen des Versailles Vertrages vertreten und teilweise hierbei die Unterstützung anderer Abordnungen gefunden.

Der deutsche Vertreter hat zum Ausdruck gebracht, daß Befestigungen an der Grenze eine unmittelbare Bedrohung der Zivilbevölkerung betriebe und ausgesprochen die Angriffswaffen anzusehen sind. Der deutsche Standpunkt ist in den Schlußbericht des Landesausschusses an den Hauptauschuss in vollem Umfang aufgenommen worden.

Keine weitere Mitarbeit im Luftauschuss

Der Luftfahrt-Ausschuss, der letzte der nach tagenden technischen Aussprüche der Abrüstungskonferenz hat keine Arbeit mehr materiell mit der Annahme eines Berichts abgeschlossen, der auf französischen Vorschlägen aufgebaut worden war. Um diesen Bericht entspann sich in der Schlußsitzung ein scharfer Kampf. Der italienische General Piccio geriffliche den Vorschlag nach allen Richtungen. Die Vertreter von Sowjetrußland und Deutschland löschten sich der Erklärung des französischen Beraters an. Ueberstimmend betonten die Vertreter Italiens, Sowjetrußlands und Deutschlands, daß der Bericht unzulässige Darstellungen und Uebersetzungen enthalte und in keiner Weise eine Lösung der dem Ausschuss gestellten Aufgaben bedeuten könne. In der Abstimmung wurde der französische Bericht mit 23 gegen 11 Stimmen bei 4 Stimmentzählungen angenommen. Er wird dem Generalbericht des Luftfahrt-Ausschusses an den Hauptauschuss als die Stellungnahme des Ausschusses eingeleitet.

Die Vertreter von Deutschland, Italien und Sowjetrußland lehnten im Hinblick auf das Ergebnis der Abstimmung die weitere Mitarbeit an den Arbeiten zur endgültigen Herstellung des Generalberichts ab.

Die Abrüstungskonferenz gelangt jetzt an einen entscheidenden Wendepunkt.

Da sowohl über die rein formale Weiterführung der Arbeiten als auch über die gesamten materiellen Grundlagen entschieden und ein Ausweg aus der völlig festgefahrenen Lage gefunden werden muß.

In internationalen Kreisen nimmt man an, daß die Lausanne Konferenz nur von kurzer Dauer sein und das Schicksal der Abrüstungskonferenz von Verhandlungen vornehmlich großen wirtschafts- und handelspolitischen Fragen auf die kommende Londoner Weltwirtschaftskonferenz verlegt werden wird. Die Lausanne Konferenz wird allgemein nur als die erste vorbereitende Etappe für die kommende Weltwirtschaftskonferenz angesehen.

Deutschlands Vertreter in Lausanne

Deutschland wird auf der am 16. Juni beginnenden Lausanne Konferenz durch den Reichsgraf von Papen, den Reichsaussenminister Freiherr von Neurath, den Reichsfinanzminister Graf von Helldorf und den Reichswirtschaftsminister Wernicke vertreten sein.

Ob der Reichsgraf für die ganze Dauer der Konferenz in Lausanne anwesend sein wird, läßt sich im Augenblick nicht übersehen. Nüßler den genannten Persönlichkeiten werden voraussichtlich Staatssekretär von Bülow und Staatssekretär Trendelenburg nach Lausanne reisen. Die amtliche Vertreterliste dürfte in Kürze bekanntgegeben werden.

In politischen Kreisen verläutet im Zusammenhang hiermit, daß der Reichsgrafpräsident Dr. Cauer gehen wird, falls als Sachverständiger in Lausanne zur Verfügung zu stellen.

von Neurath über den neuen Kurs

London, 8. Juni.
In einer Unterredung mit einem Vertreter der „Times“ erklärte Reichsaussenminister Freiherr v. Neurath, daß das neue Kabinett, wie jedem unbefangenen Beobachter klar sein müsse, sich aus Männern mit gutem Willen und gesundem Menschenverstand zusammensetze, die mehr als frühere Bedante eine erhebliche Verrückung für ihren Ministerposten besitzen. Es sei vom Präsidenten von Hindenburg zusammenberufen worden, um die vielen schwierigen Probleme zu lösen, die sich der deutschen Regierung entgegenstellten. Es werde in der Lage sein, Deutschland durch eine besonders schwierige Zeit hindurchzubringen.

Von einer Wiederherstellung der Monarchie sei keine Rede, und die Gehänge, daß Präsident Hindenburg dem früheren deutschen Kronprinzen das Amt als Präsidenten übergeben werde, sei eine reine Erfindung.

Freiherr von Neurath sprach sich zuverlässig über das voraussichtliche Ergebnis von Lausanne und der Abrüstungskonferenz aus, die, wie er annehme, parallel laufend mit der Lausanne Konferenz, weiter fortgesetzt würde. Im großen und ganzen werde die Kommittee der deutschen Politik erhalten bleiben. Er habe selbst Dr. Brüning gesehen, der sich jetzt in einem Zustand der Erregung befinde, und er glaube sagen zu können, daß der frühere Kanzler seiner Uebernahme des Amtes als Außenminister zustimme.

Englische Märchen

Die Phantasien des Reutersbüros.

London, 7. Juni.
Aufsehenerregende Nachrichten über die Lage in Deutschland verbreitete das amtliche Reutersbüros Reuters in England. Es gab die Meldung an die Presse, daß eine Revolte in Deutschland ausgebrochen sei. Truppen wären aufgerufen worden und die Weitergabe von Nachrichten aus Deutschland nach dem Ausland sei untersunden worden. Obwohl diese Mitteilung späterhin demontiert wurde, so obwohl sie doch in großer Aufmerksamkeit in den populären Sonntagsgläubigen.

„Sunday Express“ schrieb, in wohlunterrichteten Kreisen von Whitehall hätte man bereits von der Möglichkeit einer Revolution und einer Diktatur in Deutschland gesprochen. Nach der den Neumahlen könne die Republik hinweggefegt und an ihre Stelle eine Militär- und Junker-diktatur getreten sein. Nicht genug damit.

Das Reutersbüros nimmt der Sensationslust der Sonntagsgläubigen auch durch Verbreitung von Nachrichten entgegen, die besagen, daß Hindenburg an seinem 85. Geburtstag, am 2. Oktober, wie man in Berlin glaube,

eine Proklamation ertönen werde, daß der Kronprinz zu seinem Nachfolger und Regenten vorgeschlagen werden soll.

Neuter lag hierzu, daß dies nicht etwa Anknüpfungspunkt der Ansicht der nationalen Kreise wäre. Das „Sun“ verwies zum Beweis dafür darauf, daß der Bericht von einer Münchener Sonntagsgazette (12) befragt worden sei. Selbst in erster zu mehreren Zeitungen wird die mögliche Entmündigung in Deutschland angestreift behauptet. So gibt Cardiner im „Observer“ die Hoffnung auf eine Abführung und die Wiederherstellung des deutschen Reiches über die Reichsregierung aus. Ein rechtlich richtiges Urteil gibt der Berliner Reichsrichter des „Observer“, der sagt, daß die Auflösung der SM der größte Fehler gewesen sei, den die Republikaner in Deutschland jemals gemacht hätten. Die Haltung Hindenburgs sei durchaus loblich gewesen. Wenn die republikanische Presse jetzt solche in bitteren Worten über die Reichsregierung ausläßt, die internationalen Konferenzen von Lausanne und London spreche, so ist das verführerisch, denn die ganze deutsche Nation ist sich darüber einig, daß Deutschland keine Reparationen mehr zahlen könne. Deutschland habe volles Vertrauen auf England, und die Bemühungen seiner Minister würden sich auch auf einen Ausgleich mit Frankreich erstrecken.

Deutsche Tageschau

Keine Aufhebung der Sicherungsordnung.

Amlich wird gemeldet: Von unerwarteter Seite werden auf dem Lande Nachrichten verbreitet, daß die Aufhebung der Sicherungsordnung vom 17. November 1931, die zur Sicherung der Grenze für landwirtschaftliches Vieh unter bestimmten Voraussetzungen einen Schutz gegen Jünglingsgriffe der Glatzberger sowie eine Bilanzvereinigung durch Störche im Entschuldigungsverfahren vorsieht, beabsichtigt. Die Aufhebung der Sicherungsordnung ist weder jetzt, noch nach der Ernte beabsichtigt. Die Regierung hält an den Grundlagen der Störche-Entscheidung durchaus fest und wird dafür sorgen, die Einhaltung der Entschuldigungsverfahren tadellos durchzuführen.

Veränderung des preussischen Haushalts durch Hol-

In Kreisen der preussischen Staatsregierung besteht, wie verlautet, die Absicht, den Haushaltsplan für 1932 durch Notverordnung zu verändern. Diese Veränderung wäre vermutlich bereits erfolgt, wenn sich nicht aus Schwierigkeiten wegen der Ueberleitung der leinereist zum Reich für die Ueberleitung der preussischen Stiehlungsanteile zugunsten hundert Millionen herausgestellt hätten.

„Wolf ohne Reich“ — Und Bayern?“

Die Bayerische Volkspartei wird nach in dieser Woche zu der neu geschaffenen Lage im Reich Stellung nehmen. Unbesonnenheit und Handeauschuss der Partei sind zum 11. Juni nach München einberufen worden. In einer am Freitagabend im Circus Krone in München stattfindenden Massenversammlung der Bayerischen Volkspartei wird der Parteivorstand Schaffer zur wichtigsten Lage im Reich Stellung nehmen, und zwar unter dem Thema „Wolf ohne Reich“ — Und Bayern?“

Dr. Fried — Reichswahlleiter der NSDAP.

Die die Nationalsozialistische „Vorkommnisse“ mitteilt, hat Hitler den Minister a. D. Dr. Fried zum Reichswahlleiter für die kommenden Reichstagswahlen bestimmt. Der „Keltische Beobachter“ schreibt: Mit der erteilten Befehlung des Termins der Reichstagswahlen ist das Signal zum Endkampf um die Macht im Reich gegeben. Jetzt geht es für die Nationalsozialisten, die letzten Wähler aus den Kreisen und Organismen herauszuholen, das System nach im Reich zu ändern und auf immer von der Herrschaft über das deutsche Volk auszuschließen.

Auslands-Rundschau

Zwangsbewirtschaftung in Polen?

Nachdem die Bank Polens zunächst nur die Sperrung für Dollarkäufe an der Börse verfügt hat, ist schon fast nimmere der Verband der polnischen Privatbanken mit einem stark erweiterten und darum sehr bedeutsamen Entschluß an, der offenbar nicht ohne entsprechende Einflußnahme von maßgebender Seite erfolgt zu sein scheint. Auf Grund des Beschlusses wird der Bank als jede Zersplitterung in Gold, in Aktien und Münzen eingestellt. Zweitens dürfen Devisen und fremde Renten oder Art nur in solchen Fällen verkauft werden, wo kein Verdacht aus Spezialitäten Zwecks besteht.

Einwanderungsverbot für Kommunisten in USA.

Das amerikanische Repräsentantenhaus nahm eine Vorlage an, monach Kommunisten und Anarchisten die Einwanderung verboten wird und in den Vereinigten Staaten befindliche Kommunisten und Anarchisten des Landes verwiesen werden. Weiter nach das Repräsentantenhaus eine Vorlage an, monach zwei Drittel der Bevölkerung aller Schiffe der Vereinigten Staaten Bürger der USA, ein müssen.

Zum Ausgleich des amerikanischen Haushalts.

Die Vorlage zum Ausgleich des amerikanischen Staatshaushalts ist vom Parlament endlich verabschiedet worden, nachdem der Senat die vom Repräsentantenhaus beschlossenen Änderungen erlassen hat. Die Unterfertigung des Präsidenten Hoover dürfte sofort erfolgen. Das Gesetz löst Erhebungen der Einkommensteuer, der Gesellschaftsteuer, der Erbschaftsteuer, der Erzeuger-Verkaufssteuer, der Vermögenssteuer, der Biersteuer, der Zigarettensteuer und der Spektakelsteuer aus. Außerdem ist eine Erhöhung des Vielexportes und der Zölle für Del. Kohle, Kupfer und Zinnblei vorgesehen.

Aus der Umgegend

Rebra, 8. Juni.

Bauernwort vom Juni

Am Juni ist die Heumad. Damit beginnt für den Landmann die erste große, schwere Arbeit, zugleich aber auch die erste Freude des Wachs- und Erntejahres. Die Weizenfelder nach Juni geben ein Feld und Weizenfelder warm und trocken soll der Juni sein, denn wenn Aft und nach der Juni war — verdriest er meist das ganze Jahr — oder „Brodmonat nach — leert Scheune und Faß“. Ganz ähnlich belagt folgende Bauernreize: „Am Juni viel Donner — bringt einen trüben Sommer“. Auch der Juni hat seine bestimmten Wetterzeichen. „Nicht das Wetter zu St. Medardus nach — so regnet's ohne Unterlaß.“ „Reinets an Peter und Paul — wird des Winzers Ernte faul“. Vom gleichen Tag lag ein anderes, zwar derbes, aber unruhliches Volkswort: „Schönes Wetter an St. Paul — fällt die Laichen und das Maul.“

Der Jergarten im Juni. Die Beetbeplantung wird fortgesetzt, und abgeblühte Gehölze wie Prunus, Flieder

uvm. werden abgetrieben. Es wird bei Nadelbäumen zur besseren Ausdehnung des Triebes nötig werden, kräftig zu gießen. Rosen erfordern Dunngang zur besseren Entfaltung der Blüten. Gehölzgruppen, die eng gepflanzt, haben stark durchgezurzt, sind werden reichlich gegossen. Daselbst hat vorbandenen Blaupflanzengruppen zu gießen. Atern, deren Herkstoff zur Belebung der Gartenarbeit dienen soll, sind jetzt auszusäen. Später auf abgetriebenen Beeten auszusäen, um nach dem Abräumen der Blumengruppen im Herbst als blühende Büsche auf solche gepflanzt zu werden. Topfpflanzen müssen öfters mit flüssigem Dünger oder mit hochkonzentrierten Nährsalzen gegossen werden, wobei die Gebrauchsanweisung stets genau zu beachten ist. Der Regen als jähsüher Schmutz des Gartens ist sorgfältig zu pflügen, um Unkraut frei zu halten und regelmäßig zu gießen. Etwas feuchte Stellen werden frisch angefüllt. Mitte Juni beginnt man mit dem Ablesen oder Ablegen der Nellen in Töpfe oder auf Gartenbeete, nachdem sie vorher auf befeuchtet wurden.

Streifenpernung. Die Straße Domborf — Schöneberda wird wegen Erneuerung der im Zuge dieses Beetes liegenden Kanalbrücke in der Alt Domborf vom 6. Juni bis 30. ab bis auf weiteres für allen Verkehr gesperrt. Der Durchgangsverkehr wird von Domborf über Bottendorf — Schmansdorf nach Schöneberda und umgekehrt verwiesen.

Jahrmiettern Freyburg (Ankunft).

Der Preisabstimmung des 13. Juniabends und der Diktatur von D. T. haben die Abholung des Jahrmietterns für den 14. August d. J. genehmigt. Sämtliche Käufe und Käufe sind reiblos. Der Fünftakt für Klasse 1 der Turner, um 1/9 Uhr beginnend, besteht aus 100 m-Lauf, Weitsprung, Stabhoch- oder Weichhochsprung, Stiefhoch und Schlenkerlauf. Die älteren Turner betreiben einen Vier- bzw. Dreifakt. Für die ältesten Turner, Jahrgang 1882 und früher, ist ein Dreifakt zugelassen. Die Turnertinnen messen sich im Vierfakt. Diesmal werden auch die Einzelübungsformen des Fünftaktes der Zu und des Vierfaktes der Et als Ziel gesetzt. Am Nachmittag finden Einzelfakten in 4 Weichhochsprungen und der Lauf „Rind um die Bahnhöfen“ in 2 Staffeln statt. Bei letzterem Lauf finden 5 Staffen und 5 Schimmer eine Mannschaft. Weichhoch am 2. August. Am Nachmittag werden erstklassige Faustballspiele, sowie Auswärtsspiele im Frei-Judo gespielt. Anschließende Bedingung fordern man bei dem „Auswisch für das Jahrmiettern in Freyburg (Ankunft) an.

Rathelen. (Gemeindeentscheidung.)

Am Dienstag abend fand eine öffentliche Gemeinderatsitzung statt, die mit Rücksicht auf das zu erwartende Interesse der Einwohnerzahl im Saale des „Thüringer Hof“ abgehalten wurde. Eine große Anzahl Zuhörer hatte sich eingefunden. Die Gemeindevertretung war bis auf zwei Mitglieder vollständig. Die Wiederherstellung der letzten Sitzung wurde ohne Einwendungen genehmigt. Die Sanierungsarbeiten im Hinblick auf die Sanierungsarbeiten, die in allen Gemeinden, so bildet auch bei uns heute der Ausgleich zwischen den immer mehr zunehmenden Einnahmen und den ebenfalls anwachsenden Ausgaben, bedingt durch die Fiktionalitäten, die Hauptfrage der Gemeindevertretung. Es genügt die Gegenüberstellung einiger Zahlen, um die schwierige Lage verständlich zu machen, die der wirtschaftliche Niedergang für unsere Gemeinde im Gefolge hat. Vor zwei Jahren betragen die Einnahmen der Gemeinde an Reichseinkommen und Körperschaftsteuer 43.000.— RM., das laufende Jahr wird etwa 7.000.— RM. erbringen. Auf der anderen Seite wurden vor zwei Jahren für die Fiktionalitäten etwa 20.000 RM. ausgegeben, während jetzt etwa 70.000 RM. benötigt werden. Alle irgendwie einbringbare Erlöse des Sanierungsanlasses müßten auf ein Minimum herabgedrückt werden, für Erneuerungen oder Reparaturen des Straßenpflasters und sonstige wünschenswerte Arbeiten konnte nichts auszuwirken werden, um die immer noch wachsenden Ausgaben der Volkswirtschaftlichen beden zu können. Trotzdem war es nicht gelungen, die Ausgaben mit den Einnahmen in Einklang zu bringen. Der Vorschlag schlägt mit einer Einnahme von 159.152.— RM., der eine Ausgabe von 174.999.— RM. gegenübersteht, mithin verbleibt ein Fehlbetrag von 15.847.— RM. In dieser Summe ist der Fehlbetrag aus dem Vorjahr in Höhe von 9.000.— RM. enthalten. Der Ortsrat schlägt vor, zur Herabminderung dieses Fehlbetrages die Bürgersteuer auf 200 Prozent des Landesbetrages und die Gemeindekapitalsteuer von 300 auf 400 Prozent zu erhöhen. Der Vorschlag wurde angenommen und der Sanierungsanlass genehmigt. Die kommunalfiskalischen Gemeindevorteiler enthielten sich der Stimme. — Der nächste Punkt betraf die Bodenrente. Mithin, daß der Beginn der Bodenrente, hinsichtlich der Bodenrente, das Gemeinderat und schon seit einigen Jahren werden Pläne vorgelegt über die Verlegung der Bodenrente nach einer geeigneten Stelle. Bisher sind die Pläne immer wieder befristet gelegt worden und die Bodenrente wurde, wie auch dieses Jahr, wieder an ihrem alten Platz aufgebaut. Jetzt soll es aber anders werden. Es lag ein Antrag vor, die Verlegung der Bodenrente an die log. Kantorenlinie in der Nähe der Schule für das kommende Jahr schon jetzt zu beschließen und die Vorarbeiten vorzunehmen. Lehrer Albrecht begründete den Antrag, der auch vom Schulvorstand durch eine Eingabe unterstützt wurde und richtete einen warmen Appell an die Gemeindevertretung, den Plan zu unterstützen. Eine lebhafte Aussprache folgte, die manches für und Wider brachte. Als Ergebnis kann aber angesehen werden, daß die Verlegung der Bodenrente zum 1. Juli 1932 stattfinden wird. Zur Finanzierung sind im Staatshaushalt 300.— RM. vorgesehen, ferner soll verlegt werden, durch eine Sammlung weitere Geldmittel aufzubringen. Daß hierbei ein hanhofter Betrag zusammenkommt, kann mit Bestimmtheit angenommen werden, denn bereits gefers abend während der Sitzung wurden Lehrer Albrecht 43.— RM. als Anfang der Sammlung überreicht. — Der weitere Punkt der Tagesordnung behandelte einen Antrag von Mietern in der Siedlung Eigenheim, in dem die Gemeindevertretung erwidert wird, für folgende Forderungen einzutreten:

1. Vollständiger Jinselatz für die zum Bau verwendeten Sportholen, ganz gleich, ob von Kreis- oder Privatsportholen.
2. Eine dementsprechende Herabsetzung der Miete.
3. Zahlung eines Zuschusses der Gemeinde bezw. des Kreises an jeden Mieter in der Höhe, daß die Miete höchstens 15 Proz. des Einkommens beträgt.
4. Erlass des Ballergeldes und Niederlegung etwaiger Ballergeld-Rücklagen.
5. Zahlung des Vorkaufes von der Gemeinde bis zu 2 Millionen in den Sommermonaten.

Katastrophe eines Militärlastkraftwagens

Zwei Tote und zehn Schwerverletzte.

Minden (Westfalen), 7. Juni.

Ein mit mehr als 20 Matrosen der 1. Marine-Infanterie-Abteilung aus Ziel besetzter Lastkraftwagen der Kraftfahrtruppe fuhr zwischen Seimen und Schließleura auf der Straße von Minden nach Stolzenau gegen einen Baum. Sämtliche Insassen wurden aus dem Wagen auf die Straße und angrenzende Acker geschleudert. Der Jüngste der Dümmler aus Ziel erlitt einen Wirbelknochenbruch und war auf der Stelle tot. Ein zweites Opfer starb im Stolzenauer Krankenhaus, mo noch vier Mann mit lebensgefährlichen Schädelverletzungen darniederliegen.

Der Muttermörder verhaftet

Er löschte tatsächlich gesteuert zu sein.

Berlin, 8. Juni.

Der Landwirtschafsgewerkschafter Ludwig Schöf aus Esfen, der die abgeklärten Hände seiner Mutter in einem Paket in der französischen Botschaft abgab, ist festgenommen worden. Schöf erschien in dem Büro des Justizrats Gutmann in der Wallstraße, bei dem er schon am Sonnabend mehrfach vorgeproben hatte. Er wurde von der Tochter des Justizrats sofort wiedererkannt. Sie forderte Schöf auf, zu warten, und benachrichtigte telefonisch die Polizei.

Die Polizeibeamten fanden Schöf ruhig an einem Fenster sitzen. Er begrüßte die Beamten mit einem freundlichen Lächeln und mit den Worten: „Wir erwarren uns schon.“ Er fing gleich an zu erzählen, er erwarte seinen Vater, der übrigens schon seit mehreren Jahren verstorben ist. Dann wollte er seine Mutter in Walland besuchen. Kriminalkommissar Dräger verlor jedoch seine Vernehmung des Schöf durchzuführen, die jedoch kaum möglich erachtet, da Schöf nur zusammenhanglos erzählt und von seiner Zeit anscheinend nichts weiß.

Anschlag in Kroatien

Söldenmachine am Denkmal des Königs Peter.

Belgrad, 7. Juni.

In dem kroatischen Küstentort Doolichau wurde eine Söldenmaschine gefunden, die am Denkmal des Königs Peter untergebracht war. Die Maschine war mit festgelegten Versetzen und hatte nachmittags um 3 Uhr explodieren sollen. Auf der einen Seite der in der Maschine untergebrachten Batterie befand sich die Aufschrift „Die Injuranten“, auf die andere Seite war ein Zitat festgemalt.

Die rechtzeitige Entdeckung der Söldenmaschine und ihre theatrale Aufmachung erregten in der Öffentlichkeit großes Aufsehen. Man ist in diesem Falle wie auch hinsichtlich der letzten Bombenanschläge in Belgrad überzeugt, daß die Explosionskörper nicht von leuten der Opposition gelegt wurden. Man weiß darauf hin, daß es gar nicht im Interesse der ehemaligen parlamentarischen Parteien liegen könnte, die Achtung des Königs, zu parlamentarischen Zuständen zurückzuführen, durch Bombenanschläge zu durchkreuzen. Wohl aber liege die Vereitelung der künftigen Absichten im Interesse anderer Kreise, die nicht eine Wiederholung, sondern eine Verhinderung der Diktatur anstreben.

Große Lebenserinnerungen im Kaukasus. Nach antiken russischen Angaben sind fünf Begräbnisse der russischen Transkaukasien durch Bombenanschläge überkommen. Ein Zeit der Baumwollfelder steht unter Wasser. Schon 10 000 Bauern der dortigen Kollektivwirtschaften sind obdachlos. Die Regierung Transkaukasien hat 200 000 Rubel als erste Hilfe für die notleidenden Bauern bewilligt, auch ist die Hilfsorganisation in Kraft getreten, um die Bevölkerung mit Lebensmitteln zu versorgen.

Schweizer Sportflieger vermißt. Der schweizerische Industrielle und Sportflieger Hildinger geriet mit seinem Flugzeug über dem Neuenburger Jura in einen schweren Sturm und wird seitdem vermißt. Militärflieger haben sich auf die Suche begeben.

Zwei Tote durch Automobilunfall. In der Nähe von Trarres (Frankreich) ereignete ein schwerer Automobilunfall, der zwei Menschen das Leben kostete und wobei zwei andere lebensgefährlich verletzt wurden. Ein Privatwagen, der auf der Landstraße einem anderen Wagen ausweichen wollte, raste in eine Gruppe von vier Menschen und tötete zwei auf der Stelle. Die beiden anderen, eine junge Frau und ihr lebensgefährlich verletztes Kind, wurden in hoffnungslosem Zustande in ein Krankenhaus übergeführt. Der Führer des Wagens selbst blieb unverletzt.

Dreijähriges Kind von einem Adler entführt. Eine Familie in Hlre (Norwegen) war mit ihrem dreijährigen Töchterchen zu einer Tauffeier auf dem eigenen Bauernhof zu Besuch. Nachmittags hatte man sich ohne das Kind etwa 10 Minuten vom Hofe entfernt. Als man zurückkam, war das Mädchen verschwunden. Einer der Bauern wies darauf hin, daß nachmittags, zur Zeit, als man den Hof verlassen hatte, ein Adler über dem Gehöft schwebte. Sofort ging man auf die Suche, und nach einigen Stunden fand man kurz vor Mitternacht das Kind in einem fast unzugänglichen Hochgebirgsmoor in der Nähe des Adlerhorfes. Da das Kind an einer sehr heißen Stelle aufgefunden wurde, nimmt man dann, daß der Adler zuletzt nicht mehr die Kraft gehabt habe, das etwa 18 Kilogramm schwere Kind mit in seinen Hof zu schleppen. Das Kind war, abgesehen von einigen Schrammen am Kopf, unverletzt.

Taifun an der Ostküste von Kamtschatka. — Über 300 Vermisste. Ein Taifun hat die Ostküste von Kamtschatka heimgesucht. 300 Fischer und 40 Mann der Besatzung des gestrandeten japanischen Dampfers „Genlan Maru“, die das Schiff in Booten verlassen hatten, werden vermißt.

Widerstandsfähiges Handwerk

In der Defensivität und in der Wissenhaftigkeit sind seit dem Kriege immer wieder lebhaftere Debatten über die Lebensfähigkeit des Großhandels und seine weitere Entwicklung geführt worden. Fast allgemein wurde angenommen, daß der Großhandel nach der Schwächung seiner Kapitalkraft seine bisherigen Bestände zum Wiederaufbau seiner früheren Arbeitsgebiete beifüge. Tatsächlich haben die durch Abgang und Zwangswirtschaft hervorgerufenen Bestrebungen der Produzenten, die Waren im In- und Auslandsverkehr unmittelbar an die Abnehmer zu vertreiben, Betätigungsmöglichkeiten des Großhandels auf wichtigen Gebieten eingesengt. Die diversen Prognosen auf eine unaufrichtige Ausgestaltung des Großhandels haben sich ebenfalls als falsch erwiesen, wie die über einen unvermeidlichen Niedergang des Handwerks. Vielmehr haben die zunehmende Industrialisierung der deutschen Wirtschaft und die Verän-

derungen in den Konsumverhältnissen für den Großhandel neue Kräfte zur Erweiterung seines Arbeitsgebietes ausgelöst. Wie im Handwerk sind im Zusammenhang mit der Mechanisierung des Haushalts auch im Großhandel neue Zweige aufgeblüht.

Einen solchen neuen Großhandelszweig behandelt die soeben erschienene, von Dr. Hans Weichmann bearbeitete Untersuchung der Fortschrittsstelle für den Handel über „Großhandel und Handwerk in der Wasser- und Gasinstallation (Industrieerzeugnisse Spathe & Hilde, Berlin).“

Am Antriebsgewerbe für Gas- und Wasseranlagen war die handwerkliche Arbeitsweise wegen der strengen Verlagerung des Standortes nicht zu ergreifen. Für die Vorsehung der handwerklichen Betriebe entstand aus dem allgemeinen Eisenhandel ein Großhandel, der die Vermittlung zwischen einer dezentralisierten und werkstatiorientierten Produktion und einem ebenfalls dezentralisierten und dezentralisierten Handwerk übernahm.

Die Bedeutung von Großhandel und Handwerk in der Wasser- und Gasinstallation wird selbst in Fachkreisen zuweilen unterschätzt. Der Wert der installierten Gas- und Wasseranlagen bezifferte sich im Jahre 1929 auf rund 550 Millionen RM. Das sind ungefähr 12 Prozent der gesamten Wohnbauproduktion und 8 Prozent der gesamten Bauproduktion. Der Umsatz verteilt sich zu zwei Dritteln auf Material und zu einem Drittel auf Arbeitslohn. In den Gewerbezweigen Klempnerei, Gas- und Wasserinstallation sind rund 125 000 Personen beschäftigt, die, was Installationsmaterialien anbelangt, in der Hauptsache vom sanitären Großhandel beliefert werden.

Das weitere Schicksal des sanitären Großhandels ist weniger verbunden mit Ausstattungsbestrebungen der Fabrikanten und Handwerker als mit der Entwicklung des Wohnungsneubaus und der verbesserten Ausstattung der Altwohnungen. Die Ansprüche an die hygienischen und landwirtschaftlichen Einrichtungen haben sich gerade während der letzten Jahre außerordentlich erhöht. Die zukünftige Entwicklung wird in erster Linie davon abhängen, wie sich die Finanzierungsmöglichkeiten für die gezielten Ansprüche nach qualitativer Verbesserung der bereits vorhandenen Wohnungen weiterhin gestalten. Beiläufig können diese gezielten Ansprüche dem Baumarkt für den Ausfall von Reueunfähigkeit in der nächsten Zeit mindestens teilweise einen Erfolg bieten.

Die Industrialisierung Deutschlands hat in großem Ausmaß die handwerkliche Betätigung auf dem Gebiet der Produktion verdrängt und damit auch die Funktionen der Großhandelszweige, die sich ebenso mit der Vorsehung handwerklicher Betriebe befassen, entsprechend ungeschaltet. Die Meinung jedoch, daß sich das Handwerk gegenüber dem aufkommenden Industriebetriebe nicht zu halten vermöge, hat sich als irrig erwiesen. Vielmehr sind dem Handwerk durch die fortschreitende Mechanisierung des Haushalts neue Aufgabengebiete zugewachsen. Die Verlagerung der Haushaltungen mit elektrischer Energie führte zur Entsohpfung des Elektro-Installateurhandwerks. Die Verbesserung der sanitären Einrichtungen und die erhöhten Ansprüche an die sanitäre Ausstattung der Wohnung gaben dem Klempnerhandwerk, das aus der Herstellung der einjährigen Kräfte fast völlig durch die Emaillewaren, Aluminiumwaren, Eisen- und Stahlwarenindustrie verdrängt wurde, bedeutungsvolle Betätigungsmöglichkeiten.

Die Herausbildung neuer Handwerkszweige und die Umstellung älterer auf veränderte Arbeitsverhältnisse haben die Grundlage auch für die Entwicklung neuer Großhandelszweige gegeben, von denen einer der wichtigsten, der sanitäre Installationsgroßhandel zum ersten Male eine zunehmende Dringlichkeit erfuhr. Die steigenden Anforderungen sind die nach dem Bedarf orientierte Zusammenstellung der Erzeugnisse einer sehr spezialisierten Industrie, Befriedigung einer örtlich zerstückelten Nachfrage mit relativ kleinen Einkaufsumfängen, Kreditgewährung an die meist kapitalschwachen Abnehmer.

Großhandel wie Handwerk haben in der Wasser- und Gasinstallation eine feste Stellung; das Handwerk durch den dauernden Bestand des Arbeitsgebietes, der eine andere als die handwerkliche Arbeitsweise vorerst kaum zuläßt, der Großhandel vor allem wegen der Reichhaltigkeit seines Sortiments und der Zerplitterung von Produktion und Bedarf. Die Verdrängung des Großhandels aus der Verteilungsorganisation ist zwar auch hier oft versucht worden, aber nie gelungen. Auf die leitungsartigen Einkaufsverhältnisse der Baubehandwerker haben bisher im Verhältnis zu dem Gesamtmarkt, den die Baubehandwerker an Installationsmaterialien aller Art tätigen, nur einen verhältnismäßig kleinen Anteil erringen können.

So ist das weitere Schicksal des Großhandelszweiges, der Materialien für die Wohnungsausstattung liefert, weniger verbunden mit Ausstattungsbestrebungen der Fabrikanten und Handwerker als mit der Entwicklung des Wohnungsneubaus und der verbesserten Ausstattung der Altwohnungen. Die Ansprüche an die hygienischen und sanitären Einrichtungen haben sich gerade während der letzten Jahre außerordentlich erhöht; die zukünftige Entwicklung wird in erster Linie davon abhängen, wie sich die Finanzierungsmöglichkeiten für die gezielten Ansprüche weiterhin gestalten werden.

Krise des Vertrauens

Wir haben schon oft im politischen Leben gehört und gelesen, daß die Grundstoffe für das Wirken von Verlässlichkeit und der Ministern das Vertrauen ist, das sie entweder von ihren Wählern oder vom Parlament genießen müssen. Und wenn dieses Vertrauen einmal zu wanken begann, wenn es durch irgendwelche Umstände erschüttert wurde, dann sprach man von einer Krise des Vertrauens. Auch im Leben der Menschen gibt es Vertrauensfragen. Jeder einzelne vermag sich nur zu behaupten, zu halten, vermag nur an einem exponierten, ungeschützten Posten zu stehen, wenn er von dem Vertrauen der Seinen getragen wird. Was ist der Prinzipal oder Direktor in einem großen Werk, der nicht das Vertrauen beider Seiten genießt; das der Finanziers und auch das des Personal? Was ist ein Ehepaar, der nicht auf Grund eines wohlüberlegten Vertrauens Achtung und Ansehen seiner Familie genießt; was der kleine Geschäftsmann, der sich nicht das Vertrauen seiner Kundenchaft zu erwerben vermag! Und schließlich: Was ist der Liebhaber oder Begehrt, der da von seinem kleinen Mädchen nicht das unumstößliche Vertrauen entgegengebracht weiß; sondern, dem nicht die Liebe oft Mißtrauen begegnet? Das Leben der Menschen untereinander, ihr Verhältnis zu einander, es ist wie ein großes Räderwerk, bei dem ein Rädchen ins andere greift! Sobald ein Rädchen losdrückt, wird die Maschine einen Defekt, einen Knag, wie wir es nennen, erhalten und die Konstruktoren dieser Maschine müssen danach trachten, die Fehler zu beheben, auszuwechseln. Wenn wir Menschen mit jemandem zu tun ha-

ben, der uns nach irgendeiner Seite hin enttäuscht, dann ist die Verbindung unterbrochen, dann ist der Grund des Vertrauens vermindert, der Körper defekt geworden! Anfangs wissen wir zwar nicht, ist dieser Defekt, der hier auf moralischem Gebiete hervorgerufen worden ist, nur ein vorübergehender, oder wird er eine dauernde Störung hervorgerufen, die es unmöglich macht, diesen Körper weiterhin in dem mechanischen Betriebe zu betreiben! Dann, ist dann kann man schon von einer Krise des Vertrauens reden, dann ist das Vertrauen schon erschüttert! Man kann versuchen, diesen Defekt zu beheben, entweder mit präziser Kontrolle dieses Körpers oder mit Gewalt. Aber das ist nicht der Idealzustand, den man sich von einem gutgehenden Werk erträumt. Man will reibungslos Arbeit leisten, man will zu jedem Teilchen der großen Maschine Vertrauen und Zutrauen haben! Was muß man deutlicher werden! Ist nicht mit diesem allem genug gesagt. Nur eine Moral gibt's aus diesem Gleichnis: Derjenige Mensch, der nicht die Grundstoffe des Vertrauens unter seinen Füßen zu ruhen hat, derjenige, der das Vertrauen nie mehr erschüttert und jene Kreise des Vertrauens herausfordert, er ist zum schadhaften Teil des Betriebes geworden, das man baldmöglichst zu ergänzen hat!

Betr. Wassergeld.

Sämtliche Wasserabnehmer werden hiermit aufgefordert, das für das Vierteljahr April—Juni 1932 fällige Wassergeld bis 25. Juni d. Js. an die hiesige Stadtkasse zu zahlen. Nach Ablauf dieser Zeit wird das noch nicht entrichtete Wassergeld im Wege des Verwaltungszwangsverfahrens eingezogen. Hierzu treten dann zu dem Wassergeld noch die gesetzlichen Einziehungsgebühren.

Nebr., den 4. Juni 1932.

Der Magistrat. Grimberg.

Betr. Ausgabe von Fleißbezugsheinen.

Die Ausgabe der vom Magistrat überreichten Besatzscheine für verbleibende Fleißheime im Monat Juni 1932 erfolgt am Freitag, d. 10. Juni d. Js., pünktlich von nachm. 1/4—4 Uhr im Rathaus, Zimmer Nr. 3. Zur Teilnahme an der Fleißbezugsverteilung sind die in den bisherigen Bekanntmachungen aufgeführten Personen berechtigt.

Die Ausgabezeit ist pünktlich einzuhalten, da eine Ausgabe der Scheine zu einer anderen Zeit nicht erfolgt.

Nebr., den 8. Juni 1932.

Der Magistrat. Grimberg.

Bauziesfrei!

Schließen Sie mit uns einen

Bauspar-Vertrag!

Sie werden dann nicht länger Unsummen für Miete und Zinsen zum Fenster hinaus, sondern schaffen sich mit unserem Zusammenhang, unakündbaren Bau- und Hypothekengeld mit der Zeit ein wertvolles, schuldenfreies Bestatium. Auch kleine monatliche Sparbeiträge genügen. Zugleich sind Sie ohne ärztliche Untersuchung prämiert in der Lebensversicherung.

Unsere Sperrkonten bieten größte Sicherheit. Mit monatlichen Raten von 20, 30 oder 40 Mark oder mehr schaffen Sie sich durch uns in absehbarer Zeit ein eigenes Heim. Sie können mit unserem Gelde auch teure Hypotheken ablösen!

Haus-Eigenheim u. Bausparenoffenchat

eingetragene Genossenschaft m. b. H.
(„Hobog“ Crimmitschau i. S.)
Leipziger Straße 62 Telefon 2039

Neue ermäßigte Anzeigenpreise

für den
„Personal-Anzeiger des
Dahem“

Die Geschäftsstelle dieser Zeitung vermittelt ohne Spesenpflicht für das „Dahem“. Das Bestatium hat nur nötig, die Anzeigenliste bei uns abzugeben und die ermäßigten Gebühren zu entrichten.

Diese lauten:
Stellen-Angebote jezt nur 90 Hg.
Stellen-Gesuche jezt nur 67 Hg.
Sonnige kleine Anzeigen (auch Beiratsanzeigen)
1.08 M. für die Zeile (1 Zeile = 7 Silben)

Buchdruckerei Wilhelm Gauer, Köpchen

Drucksachen

aller Art
für alle Geschäftszwecke
für jeden Privatbedarf
in besten Ausführungen

liefert
prompt
und
preiswert
die

Buchdruckerei Wih. Sauer
ROSSLEBEN

Gebrauchter
Demmer-Herd
(brann) billig zu verkaufen.
Feldstraße 18.

Briefpapier
in schönen Umrahmungen
Walter Scharf,
Nebr.

Mehraer Anzeiger

Amliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Nebra

Ercheint wchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend mit den illustrierten Wochenbeilagen: „Das Leben im Bild“ und „Das Leben im Wort“
 Bezugspreis fr einen Monat: Bei der Geschftsstelle 1.— RM — Durch die Post bezogen 1.10 RM.

Schriftleitung: Wih. Sauer in Koblentz.
 Druck, Verlag und Briefadresse: Sauerische Buchdruckerei, Koblentz.
 Geschftsstelle in Nebra: Fran Kaufmann Weis, Markt 34/35.
 Fernsprecher: Amt Koblentz Nr. 221. — Postfachkonto: Leipzig Nr. 22832

Anzeigen kosten: die 48 mm breite Millimeterzeile 6 RM, die 90 mm breite Millimeterzeile im Hellamteill 20 RM. Anzeigenannahme an Drucktagen bis 12 Uhr mittags.
 Bankkonten: Stadtsparkasse Nebra — Bankverein Artern.

Nr 69

Donnerstag, den 9. Juni 1932.

45. Jahrgang

Brnning verabschiedet sich beim Reichsprsidenten
 Berlin, 8. Juni.
 Reichsprsident: von Hindenburg empfing am Dienstag den bisherigen Reichsznager Dr. Brnning zur Verabschiedung. Der Empfang sollte schon frher stattgefunden, hatte sich aber durch die Erkrankung Dr. Brnning bis jetzt verzögert.

Das Kabinett an der Arbeit

Beatungen ber die Deckung der laufenden Ausgaben.
 Berlin, 7. Juni.
 Zur Vorbereitung der nchsten Kabinettssitzung begannen im Reichsfinanzministerium Referentenberatungen ber die Frage, welche Maßnahmen ergriffen werden sollen, um im Interesse der Inanghaltung des Staatsapparates die notwendigen Zahlungen fr die nchste Zukunft leisten zu knnen. An den Beratungen nehmen auch Vertreter des Wirtschafts- und des Arbeitsministeriums teil.
 In welcher Weise die nstigen Gelder herbeischafft werden, ist eine noch offene Frage. Es kann insoweit auch noch nicht gesagt werden, ob die von der Regierung brnning geplante Beschftigtensteuer oder die Verlängerung der Brgersteuer kommen werden.

Reichstagswahl am 31. Juli

Als Wahltermin fr die Reichstagswahl ist der 31. Juli festgelegt worden. Der Erlaß des Reichsprsidenten ber die Festlegung des Wahltermins wird heute verffentlicht werden.

Reichsarbeitsministerium befehlt

Der Reichsprsident hat den Prsidenten des Reichsversicherungsamtes Schaeffer zum Reichsarbeitsminister ernannt.
 Prsident Schaeffer ist Beamter und bisher politisch nicht hervorgetreten.

Kommt ein Reichskommissar fr Preußen?

Es mehren sich die Gerchte, die von der bevorstehenden Einsetzung eines Reichskommissars in Preußen wissen wollen. In diesem Zusammenhang sind in der Presse bereits die verschiedenartigsten Kombinationen aufgetaucht.

In einem Berliner Blatt wird neuerdings behauptet, daß die Finanzregierung die schlechte Finanzlage in Preußen zum Anlaß nehmen werde, einen Reichskommissar zu ernennen. Aus diesem Grunde wrde jundst der Landtag scrf als urprnglich beabsichtigt wieder einberufen werden, um zu verhandeln, einen neuen Ministerprsidenten zu finden. Da dieses Beugnen schon jetzt als aussichtslos betrachtet werden knnte, wrde zur Ordnung der preussischen Finanzen ein Reichskommissar ernannt werden. Es braucht kaum betont zu werden, daß es sich hier lediglich um Mutmaßungen handelt.

Was die Finanzlage angeht, so liegen die Dinge tatschlich folgendermaßen: Zwischen dem leinerigen Reichsfinanzminister Dietrich und dem preussischen Finanzminister Klepper ist eine Einmigung getroffen worden, derzufolge sich das Reich verpflichtet, den Fehlbetrag im preussischen Haushalts in Hhe von rund 100 Millionen RM. aus Reichsmitteln bzw. im Wege der Siedlung zu beden, wogegen die preussische Regierung auf ihre Anteile an der Siedlungsabank verzichtet. Von zustndiger preussischer Seite wird nunmehr erklrt, daß Preußen zwar keine Verpflichtungen hinsichtlich der Siedlungsabank selbst hat, daß es aber vom Reich bis auf den heutigen Tag noch keinen Pfennig als Gegenleistung erhalten hat.

Im ubrigen nimmt die preussische Regierung in Sachen Reichskommissar eine abwartende Haltung ein. Sie ist der Auffassung, daß sich jundst die Parteien befragen mßten, einen neuen Ministerprsidenten zu finden. Erst nachdem die Verhandlungen hierber erfolglos geblieben seien, knnte die Frage der Errichtung eines Reichskommissars uberdaupt in die Debatte geworfen werden, womit die Regierung Papen allerdings zur Sache selbst nicht Stellung genommen haben will. Eine Stellungnahme der neuen Reichsregierung zu diesen Fragen liegt noch nicht vor.

Die Regierung Papen antwortet nicht

Berlin, 8. Juni.
 Wie an unterrichteter Stelle verlautet, beabsichtigt die Regierung von Papen nicht, die Erklrung der frheren Regierung Brnning zu beantworten. An zustndiger Stelle wird es als ein ungewnschtes An bezeichnt, wenn eine zurckgetretene Regierung insgesamt zu den Vorgngen Stellung nehme.

Eine deutschnationale Gegenerklrung.
 Die deutschnationale Pressestelle erklrt dazu, daß die Partei nicht auf den Posten des preussischen Ministerprsidenten Anspruch erhebe und daß auch keine Verhandlungen ftigzuführen haben; deshaß sei auch nicht erklrt, weshalb die NSDAP, lediglich auf Zeitungsmeldungen hin — sich gegen einen deutschnationalen Ministerprsidenten auspreche.

Um die Ministerprsidentenschaft in Preußen
 Die NSDAP, meldet ihren Anspruch an.
 Berlin, 8. Juni.

Der Preussische Prsident der NSDAP, ist von dem Abbaordneter Kube zu der Erklrung ermchtigt.

daß fr die Nationalsozialisten als Kandidat fr den Posten des preussischen Ministerprsidenten nur ein Nationalsozialist in Frage komme. Die Nationalsozialisten lehnen es ab, ihre Stimme fr irgendeinen anderen Kandidaten abzugeben, da sie der Auffassung sind, daß der Willensbildung des Volkes Rechnung getragen werden mße und nur die sttrkste Partei, nmlch die NSDAP, den Ministerprsidenten zu stellen habe.

Diese Erklrung richtet sich offenbar gegen die von verschiedenen Seiten in die Ertrterung geeigneter Kandidatur des deutschnationalen Fraktionsvorsitzenden Dr. v. Winterfeldt fr den Posten des preussischen Ministerprsidenten. Ohne zu der Person des Herrn v. Winterfeldt Stellung zu nehmen, erklrt der Prsident der NSDAP, daß die Nationalsozialisten fr keinen deutschnationalen Ministerprsidenten stimmen wrden.



Der neue Arbeitsminister.

Der Reichsprsident hat auf Vorschlag des Reichsznagers den Prsidenten des Reichsversicherungsamtes Hugo Schaeffer zum Arbeitsminister ernannt. In der Bild zeigt den neuen Arbeitsminister Hugo Schaeffer beim Verlassen des Reichsversicherungsamtes auf dem Wege zum Reichsarbeitsministerium.

Reich und Preußen

Von Papen fordert frheren Zusammentritt des Landtages.
 Berlin, 8. Juni.

Reichsznager von Papen hat an den Prsidenten des preussischen Landtages, Kerl, ein Schreiben gerichtet, in dem eine frhere Einberufung des Preussischen Landtages als urprnglich beabsichtigt, empfohlen wird.

In dem Brief bittet der Kanzler den Prsidenten, sich dazu einzulassen, daß die Preussische Partei mit der Beabsichtigung Dispositionen erst am 22. Juni wieder zusammentreten sollte, frher einberufen werden. Der Reichsznager begrndet diese Bitte damit, daß zwischen dem Reich und Preußen gegenwrtig verschiedene wichtige Angelegenheiten, vor allem Finanzfragen, zu verhandeln seien, und daß er es fr besser halte, wenn diese Verhandlungen auf preussischer Seite nicht von einem geschftsfhrenden, sondern von einem nach verfassungsrechtlichen Grndlagen gebildeten ordentlichen Kabinett gefhrt werden knnen.

Prsident Kerl hat unmittelbar nach Empfang des Schreibens sich mit den maßgebenden Vertretern der Fraktionen in Verbindung gesetzt.

Die urprnglich lngere Beratung des preussischen Parlaments war auf Wunsch verschiedener Parteien mit der Begrndung erfolgt, daß die Parteien Gelegenheit haben mßten, sich an dem jetzt im Gange befindlichen Wahlkampf in Hessen zu beteiligen. Mit Rcksicht auf den gleichfalls einsehenden Reichstagswahlkampf nimmt man in preussischen parlamentarischen Kreisen an, daß auch die zweite Junitagung des Preussenparlaments nur von kurzer Dauer sein wird.

Abstimmungen des Landtages am Freitag
 Prsident Kerl hat den Abstimmungen des Preussischen Landtages auf Freitag, den 10. Juni, nachmittags 17 Uhr, einberufen. In dieser Sitzung des Abstimmens soll die Entscheidung ber eine frhere Einberufung des Preussischen Landtages getroffen werden.

Die Finanzbesprechungen

Zwischen dem Reichsznager und Reichsfinanzminister Graf von Schmerin-Berkauf einerseits und dem preussischen Volksfahrtsminister Hrtfelder bzw. dem Finanzminister Klepper auf der anderen Seite fand in der Reichsznager eine Besprechung statt, die der Frage des 100-Millionen-Fehlbetrages im preussischen Haushalt galt.

Das Reich hatte sich jenseitig verpflichtet, der preussischen Regierung gegen Abtretung der preussischen Anteile an

der Siedlungsabank die Mittel zur Deckung des Fehlbetrages zur Zrfugung zu stellen.

Von Reichsseite wird zu dieser preussischen Darstellung erklrt: Bei der damaligen Besprechung, bei der das Reich durch den heutigen Reichsfinanzminister Graf von Schmerin-Krafft vertreten wurde, sind keine bindenden Zusicherungen gegeben worden. Es hat sich vielmehr lediglich um eine bedingte Zusage gehandelt, da nach gewisse Brgschaften durch Preußen geleistet werden mßten. Die Verhandlungen seien insfolgedessen nie endgltig abgeschlossen worden.

Die Finanzverhandlungen gescheitert

Die Aussprache, die der stellvertretende preussische Ministerprsident, Wofahrtsminister Dr. Hrtfelder, und Finanzminister Dr. Klepper mit dem Reichsznager von Papen und dem Reichsfinanzminister ubere den Ausgleich des preussischen Haushalts hatten, ist, wie von preussischer Seite verlautet, insofern gescheitert, als das Reich erklrt habe, im Augenblick nicht inklange zu sein, die von dem frheren Reichsfinanzminister Dietrich fr die preussischen Siedlungsanteile zugesagten 100 Millionen Reichsmark zu ubernehmen.

Das preussische Staatsministerium trat sofort zusammen, um sich mit der existierenden Lage zu befaßen. Da die 100 Millionen Reichsmark zum Haushaltsausgleich erforderlich sind, ist infolge des Scheiterns der Verhandlungen mit dem Reich ein Fehlbetrag in dieser Hhe des preussischen Haushalts vorhanden, der durch weittragende Befehle des Staatsministeriums ausgeglichen werden soll.

Krankheitsurlaub Dr. Brauns

Ministerprsident Dr. Braun hat in einem an den Staatsminister Dr. Hrtfelder gerichteten Schreiben davon Mitteilung gemacht, daß er aus gesundheitlichen Grnden einen lngeren Urlaub antreten mßte. Er hat Staatsminister Dr. Hrtfelder gebeten, die Prsidentalschleife des Ministers in seiner Vertretung zu fhren.

Die Mecklenburger Wahlen

Schwerin, 7. Juni.
 Nach dem vorlufigen amtlichen Endergebnis der Landtagswahlen in Mecklenburg-Schwerin ist es dem Nationalsozialisten nicht gelungen, die absolute Mehrheit zu erlangen. Die genauen Zahlen zeigen folgendes Bild:

Partei	Stimmen	Prozent
Sozialdemokraten	18 Mand.	(20)
Kommunisten	5	(3)
Nationalsozialisten	30	(33)
Brgert. Reichstagsg. d. Mitte	1	(1)
Deutschnationale	5	(bisch. Ein-Arbeitsgen. natl. Mecklenburger 1 — heitst. 23)
Sozialistische Arbeiterpartei	0	(bisch. 0)

Die absolute Mehrheit des Mecklenburger Landtages wird auf 33 Stimmen geschätzt, was die Nationalsozialisten nicht erreichen konnten.

Die Wahlresultate zeigen, daß die Nationalsozialisten in Mecklenburg-Schwerin nicht die absolute Mehrheit erlangt haben. Die absolute Mehrheit wird auf 33 Stimmen geschätzt.

Die absolute Mehrheit des Mecklenburger Landtages wird auf 33 Stimmen geschätzt, was die Nationalsozialisten nicht erreichen konnten.

Die absolute Mehrheit des Mecklenburger Landtages wird auf 33 Stimmen geschätzt, was die Nationalsozialisten nicht erreichen konnten.

Die absolute Mehrheit des Mecklenburger Landtages wird auf 33 Stimmen geschätzt, was die Nationalsozialisten nicht erreichen konnten.

Die absolute Mehrheit des Mecklenburger Landtages wird auf 33 Stimmen geschätzt, was die Nationalsozialisten nicht erreichen konnten.

Die absolute Mehrheit des Mecklenburger Landtages wird auf 33 Stimmen geschätzt, was die Nationalsozialisten nicht erreichen konnten.

Die absolute Mehrheit des Mecklenburger Landtages wird auf 33 Stimmen geschätzt, was die Nationalsozialisten nicht erreichen konnten.

Die absolute Mehrheit des Mecklenburger Landtages wird auf 33 Stimmen geschätzt, was die Nationalsozialisten nicht erreichen konnten.

Die absolute Mehrheit des Mecklenburger Landtages wird auf 33 Stimmen geschätzt, was die Nationalsozialisten nicht erreichen konnten.

Die absolute Mehrheit des Mecklenburger Landtages wird auf 33 Stimmen geschätzt, was die Nationalsozialisten nicht erreichen konnten.

Die absolute Mehrheit des Mecklenburger Landtages wird auf 33 Stimmen geschätzt, was die Nationalsozialisten nicht erreichen konnten.

Die absolute Mehrheit des Mecklenburger Landtages wird auf 33 Stimmen geschätzt, was die Nationalsozialisten nicht erreichen konnten.